

# CHRONIK DER ZEIT

---

## Die deutsche Sicherheit

Die Frage, die sich alle Völker der Welt heute stellen müssen, ist nun unlängst auch dem deutschen Volk gestellt worden. Alle Nationen der Erde stehen vor der Entscheidung, wie sie das Gleichgewicht zwischen Rüstung und sozialer Politik, zwischen militärischer Vorbereitung und wirtschaftlichem Aufbau halten wollen. Unter den Waffen schweigen nicht nur die Musen, sondern häufig auch alle sozialen Rücksichten. Der Aufwand der Welt für Rüstungen würde wahrscheinlich heute genügen, um ein Land von der Größe Bayerns mit Wolkenkratzern zu bedecken. Der Milliardenhaushalt für Rüstung, den alle Nationen der Welt haben, regiert ganz entscheidend über die Verteilung des Sozialprodukts. Die innere Struktur des Staates und der Politik wird unvermeidlich auf eine fundamentale Art verändert, wenn die Verteidigung und Rüstungsnotwendigkeiten an die erste Stelle im Staat treten.

Vor diesen Überlegungen steht nun auch das deutsche Volk, seitdem die deutsche Wiederaufrüstung zu einer offenen und öffentlichen Frage in Deutschland geworden ist. Der Bundeskanzler, Dr. Konrad Adenauer, und der Führer der Opposition, Dr. Kurt Schumacher, haben sich in öffentlichen Erklärungen zu dem Problem geäußert. In der Weltöffentlichkeit wird um diese Frage gerungen. Immer mehr Stimmen erheben sich, die sich für oder gegen diese deutsche Wiederaufrüstung äußern. Der Überfall Nordkoreas auf Südkorea hat wegen mancher Parallelen zu Ost- und Westdeutschland für das deutsche Volk die Sicherheitsfrage in einer dringenden und verwirrenden Form gestellt. Niemand bezweifelt, daß die augenblickliche Rüstung Westeuropas nicht ausreichen würde, um an und für sich einer kommunistischen Invasion zu begegnen. Alle diejenigen, die sich heute den Zukunftskrieg ausmalen, reden von hinhaltenden Kämpfen und Rückzugsschlachten zwischen Elbe und Rhein. Auch diejenigen, die der Sozialpolitik unbedingt den Vorrang in der deutschen Politik zuweisen möchten (und gerade sie), müßten sich fragen, was denn aus all ihrer Arbeit werden würde, wenn es zu dieser Invasion aus dem Osten in Deutschland käme.

Das Schicksal Asiens hat bewiesen, daß die militärische Sicherheit nichts ist, wenn nicht die soziale Sicherheit dazu kommt. Auch Tausende von amerikanischen Panzern und Hunderte von USA-Bombenflugzeugen hätten vermutlich Tschiangkaischek nicht retten können, weil der soziale Boden unter ihm bis in die Tiefe hinab zerfressen war. Aber die soziale Sicherheit kann auch zunichte werden, wenn die militärische Sicherheit für ein Volk in einem Zustand des internationalen Chaos fehlt. Es gibt zwei Extreme in der Politik der Völker: das eine besteht darin, daß ein Mann sein Haus bestellt und ihm dann die Früchte der Arbeit von einer Räuberbande weggenommen werden; das andere liegt darin, daß der Mann aus Angst vor diesen Erfahrungen seines Nachbarn sein Haus überhaupt nicht mehr bestellt und den ganzen Tag mit der Anlage von Stacheldrahtzäunen, dem Anfertigen von Gewehren und mit Schießübungen zubringt, so daß die übrigen Insassen des völlig verwahrlosten und verrotteten Hauses sich zuletzt fragen, wozu es denn überhaupt noch verteidigt werden soll.

Die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Führers der Opposition machten es offenkundig, daß keine der maßgebenden politischen Gruppen in Deutschland grundsätzlich die Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung des europäischen Westens gegen einen Überfall aus dem Osten ablehnt. Dr. Adenauer und Dr. Schumacher, die darüber zusammen eine lange Aussprache gehabt haben, erkennen den Ernst der Lage durchaus an. Beide sind der Auffassung, daß die Sicherheitsfrage für Deutschland ein Problem ist, das ernst genommen werden muß. Dr. Schumacher betont leidenschaftlich, daß die soziale Sicherheit Deutschlands ein Stück seiner außenpolitischen und internationalen Sicherheit ist, weil die soziale Ungerechtigkeit die Fünfte Kolonne der Sowjets ist. Aber er ist weit davon entfernt zu meinen, daß das Problem der militärischen Sicherheit Europas und Deutschlands nun allein schon durch eine noch so vorbildliche soziale Ordnung Westeuropas gelöst sei. Sowjetische Panzer werden durch Gesetze über die Mitbestimmung nun einmal nicht aufgehalten. Gegen Bomben sind die vorbildlichsten Kinderheime und die idealsten Arbeiterwohnungen kein Schutz. Die Unterredung zwischen Dr. Schumacher und Dr. Adenauer ist vielleicht insofern ein Einschnitt in der innerdeutschen Politik, als von beiden großen politischen Gruppen anerkannt wurde, daß sich für das deutsche Volk die grausame Notwendigkeit einer militärischen Selbstverteidigung

irgendwie und irgendwann ergeben konnte. Schumacher und Adenauer gehen allerdings weit darüber auseinander, unter welchen Bedingungen und unter welchen weltpolitischen Voraussetzungen das geschehen könnte.

Die Sicherheitsfrage wurde dadurch erheblich verwirrt, daß die Frage der inneren Sicherheit mit der äußeren Sicherheit verknüpft wurde. Unglückseligerweise ist (auch in einem Interview des Bundeskanzlers) davon geredet worden, daß die Bundespolizei eine Art Verteidigungstruppe, auch gegen einen äußeren Einfall, sein könnte. Es liegt auf der einen Seite auf der Hand, daß die Bundesregierung die Mittel haben muß, um sich gegen einen inneren Aufruhr zur Wehr zu setzen. Es sind jüngst eine Reihe von Tatsachen bekannt geworden, daß vom Osten her innere Sabotage und gewaltsame Unruhen methodisch ins Werk gesetzt werden. Dagegen muß es eine „Polizei“ geben. Es muß klargestellt werden, daß die Demokratie im neuen Deutschland nicht gleichbedeutend mit Selbstmord ist.

Aber es liegt auch auf der Hand, daß die Bundespolizei nie ein Instrument zur Abwehr eines Einfalles etwa der Volkspolizei sein könnte. Irgendein zahlenmäßiges Verhältnis zwischen Bundespolizei und Volkspolizei würde voraussetzen, daß ein Kampf über den Eisernen Vorhang hinweg ein Krieg zwischen Deutschen sein würde. Bei der ganzen Auseinandersetzung um die Wiederaufrüstung muß aber eines jenseits allen Zweifels stehen, daß Deutsche nicht auf Deutsche schießen können. Das hat auch die Erklärung der Evangelischen Woche in Essen unterstrichen.

Aus Volkspolizei und Bundespolizei gleichsam kommunizierende Röhren zu machen, ist auch unrealistisch. So wie die Weltlage ist, kann es einen isolierten und lokalisierten Krieg zwischen Ost- und Westdeutschland gar nicht mehr geben. Alle Welt ist sich darüber einig, daß Korea der letzte überhaupt mögliche Fall eines derart lokalisierten Konfliktes war. Die USA haben schon klargestellt, daß sie für einen Einfall der Volkspolizei nach Westdeutschland die Sowjets verantwortlich machen würden, daß also die Invasion Westdeutschlands fast automatisch den internationalen Krieg auslösen würde. Die Volkspolizei könnte auch nicht marschieren, ohne auf alliierte Soldaten zu schießen. Dr. Schumacher hat vermutlich recht, wenn er sagt, daß die Volkspolizei als eine Art „Einsatzkommando“ hinter der Roten Armee marschieren würde.

Hier liegen nun auch noch die tieferen Unterschiede zwischen dem Bundeskanzler und dem Führer der Opposition, Unterschiede, die man kennen muß, um sich die weltpolitische Lage und das Gesetz, unter dem Deutschland steht, einzuprägen. Diese Gegensätze werfen ein Licht auf die Möglichkeiten deutscher Politik.

Dr. Kurt Schumacher geht davon aus, daß alle gegenwärtigen Rüstungsmaßnahmen nur „Volkssturmtherapie“ sein könnten. Sie könnten an dem Kräfteverhältnis der Welt nichts Wesentliches ändern und würden es nur zu einer Gewißheit machen, daß der Krieg sich auf deutschem Boden abspielt. Deutsche Divisionen könnten unter diesen Umständen nur ein verlorener Haufe von Landsknechten sein, die den Rückzug der anderen zu decken haben.

Über die Rüstung ließe sich erst dann reden, meinte Dr. Schumacher, wenn Westmächte von ihrer Vorstellung loskommen, daß Deutschland für sie ein Vorfeld wäre. Nur im Schatten einer „monumentalen Konzentration militärischer Macht des Westens“ sei eine Beteiligung Deutschlands an der internationalen Rüstung überhaupt denkbar. Eine deutsche militärische Vorbereitung höre erst dann auf, eine Selbstverwüstung deutschen Landes und eine Aufopferung deutscher Menschen zu sein, wenn es feststehe, daß die Kriegsentscheidung östlich von Gesamtdeutschland gesucht werde. Deutschland könne erst dann über eine Aufrüstung diskutieren, wenn die Westmächte, insbesondere die USA, es glaubhaft machen könnten, daß sie willens und fähig seien, den vielleicht notwendig werdenden Krieg offensiv zu führen, so daß der Schutz auch deutschen Bodens sichergestellt sei.

Bundeskanzler und Führer der Opposition haben ihre Auffassungen bekanntgegeben. Es war sicherlich ein wichtiger Augenblick deutscher Politik.

Die Entscheidungen darüber hängen nicht in erster Linie vom deutschen Volk ab. Das deutsche Volk kann sich nur dafür wappnen und sich im Umkreis seiner eigenen Verantwortungen und Handlungsmöglichkeiten „rüsten“, nämlich durch eine gute demokratische und soziale Ordnung, die auch schwerste Belastungen auszuhalten vermag.

### **Insel des Schicksals**

Für die gesamte Entwicklung der Welt ist es von schicksalhafter Bedeutung, ob der Korea-Konflikt lokalisiert werden kann oder ob er sich zu einem Weltbrand ausweitet. Alle Weltverhältnisse sind davon abhängig. Das politische und soziale Klima der Welt würden in einem entscheidenden Maße von der Tatsache bestimmt, daß sich die westliche Welt in einem großen Krieg etwa gegen das 500-Millionen-Reich von Rotchina befindet. Wirtschaftsordnung und

Sozialpolitik stehen in einer verhängnisvollen Weise unter dem Gesetz der weltpolitischen Entwicklung.

Diese weitpolitische Entwicklung ist nun völlig auf die Insel Formosa konzentriert. Es fehlt nicht an Stimmen, daß Formosa zum Danzig eines dritten Weltkrieges werden könnte. Die pazifistischen Gruppen in Frankreich haben 1939 die Lösung „mourir pour Danzig?“ (Für Danzig sterben?) auf den Schild. Heute raunt es wiederum in aller Welt: sterben für Formosa?

Als der Korea-Konflikt entbrannte, wurde in der Tat der Insel Formosa durch eine Anordnung von Präsident Truman eine schicksalhafte und entscheidungsvolle Rolle im Weltkampf zugewiesen. Damals entschied Präsident Truman, daß die Insel Formosa durch die 7. amerikanische Flotte gegen einen Angriff verteidigt werden würde. So schienen nun alle gefährlichen Verstrickungen gegeben zu sein. Ein Angriff des kommunistischen China auf Formosa mußte nach dieser Entscheidung einen Krieg zwischen USA und Rotchina mit eherner Notwendigkeit nach sich ziehen. Da aber Maotsetung ein Militärbündnis mit Moskau hat und nach dem Buchstaben dieses Bündnisses die Sowjetunion in einem solchen Fall zu einem militärischen Eingriff verpflichtet ist, würde der „Automatismus“ der Bündnisse zu einem Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion führen müssen. Nimmt man die Bündnisse zu ihrem Nennwert an, dann wäre in der Tat ein Angriff auf Formosa unausweichlich das Schicksal des dritten Weltkrieges.

Präsident Truman hat allerdings sofort das Seine getan, um diese Gefahr herabzumindern. Er hat Tschiangkaischek befohlen, den Krieg gegen das chinesische Festland von Formosa aus einzustellen. Es bliebe in der Tat dem Herrn von China nichts anderes übrig, als Formosa zu erobern, wenn es der Stützpunkt für die Luftangriffe auf chinesische Städte bliebe. Maotsetung wäre geradezu gezwungen, die Luftstützpunkte zu zerschlagen, von denen aus chinesische Städte in Trümmer gelegt wurden. Inzwischen hat auch die amerikanische Staatsführung festgelegt, daß es sich um eine „Neutralisierung“ von Formosa handle. Formosa soll aus dem Konflikt herausgenommen werden, solange infolge des Korea-Konflikts der Zündstoff allenthalben in Asien herumliegt. Präsident Truman erklärte, daß die Flotte der USA nach Beendigung des Koreakrieges aus den Gewässern von Formosa zurückgezogen werden würde.

Seitdem trat man in Asien hinsichtlich Formosa auf der Stelle. Die chinesischen Kommunisten haben keinen Versuch gemacht, die Landung auf Formosa durchzuführen, die sie wohl schon seit langer Zeit vorbereitet haben. Die Staatsführung der USA auf der anderen Seite versichert immer wieder, daß es ihr fern läge, von Formosa aus Rotchina anzugreifen. Man versucht Tschiangkaischek im Hintergrund zu halten, dessen Dasein ja eine Herausforderung an die Regierung Maotsetungs bleibt. Man hat in Washington Mühe, die Bedeutung eines Besuches von General MacArthur auf der Insel Formosa zu verkleinern. Der mit großer Geste durchgeführte Flug des Generals zu dem Ehepaar Tschiangkaischek mußte unvermeidlich den Eindruck erwecken, als ob die Vereinigten Staaten weiterhin auf die Karte von Tschiangkaischek setzen wollten.

Es ist offenkundig, daß Marschall Tschiangkaischek die Politik der Neutralisierung von Formosa nur widerwillig mitmacht. Er spielt noch immer ein hohes und verzweifertes Spiel. Er hat das chinesische Festland verloren, nicht so sehr, weil die militärische Unterstützung Maotsetungs durch die Sowjets nachdrücklicher und stärker gewesen ist als die seine durch die Amerikaner, sondern vielmehr weil er hinweggespült wurde von der sozialen Krise, auf die er keine Antwort wußte. Für Tschiangkaischek gibt es kaum einen anderen Weg zurück nach Peking als den Krieg zwischen USA und Rotchina. Er will sich auf der Welle eines großen asiatischen Krieges zur Macht zurücktragen lassen. Es stört ihn nicht, daß er damit das Spiel Moskaus spielt. Denn Moskau würde es wahrscheinlich gern sehen, wenn die USA in einen aussichtslosen, menschen- und kraftfressenden Krieg gegen den endlosen Raum des Reiches der Mitte verwickelt würden.

Die Lage ist für die USA völkerrechtlich schwierig, weil in den großen Verträgen zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin Formosa als Siegesbeute den Chinesen zugesprochen wurde. Die USA haben sich noch nicht festgelegt hinsichtlich der Anerkennung von Rotchina und ebensowenig hinsichtlich des künftigen Status von Formosa. Es ist eine sehr delikate Lage, der sie sich gegenübersehen.

Die theoretische und zunächst platonische Erklärung der USA-Regierung, daß über das endgültige Schicksal von Formosa noch nicht entschieden sei, hat den Prokonsul der USA im Fernen Osten, General MacArthur, auf den Plan gerufen. Er hat an einen Veteranenkongreß eine Botschaft geschickt, die vorher durch die Presse verbreitet wurde. Präsident Truman hat dann den General angewiesen, seine Botschaft zu unterdrücken. Die Botschaft des Generals lief darauf hinaus, daß die USA die Insel Formosa auf jeden Fall festhalten müßten, weil ihre Preisgabe einer militärischen

Katastrophe gleichkäme. Die pazifischen Inseln, sagte der General, wirken wie ein Schutzschild für den ganzen amerikanischen Kontinent und für all die freien Länder des Stillen Ozeans. Von dieser Inselkette aus können die USA mit der Luftwaffe jeden asiatischen Haien von Wladiwostok bis Singapur beherrschen und jede Angriffsbewegung in den Stillen Ozean hinein verhindern. Das bedeutet nicht, daß ein Angriff gegen irgendjemanden ins Auge gefaßt wäre. Diese Inselkette bietet nicht die Bollwerke dar, die für einen Angriff notwendig wären. Aber wenn sie auf rechte Weise festgehalten wird, dann bildet sie eine unüberwindliche Verteidigungsmauer. Wenn wir diese Linie halten, dann werden wir vielleicht Frieden haben. Wenn wir sie verlieren, dann ist der Krieg unvermeidlich. Formosa ist eine Schlüsselstellung innerhalb dieser Inselkette. Von dort aus können die Philippinen von der Luft aus bedroht werden. Formosa kann zu einem furchtbaren U-Boot-Stützpunkt werden, so daß die ganze Seeverbindung nach dem Fernen Osten von dort aus unterbrochen werden kann.

Die Botschaft von Präsident Truman vom 27. Juni, Formosa zu verteidigen, habe in ganz Asien, so schließt der General, eine Flamme der Hoffnung neu angefacht, die schon zu erlöschen drohte. Gehe Formosa verloren, dann werde sich das Schlachtfeld in einem künftigen Krieg um 5000 Meilen näher an den Küsten der USA befinden.

Die politische Führung der USA hat bisher nicht versucht, die Behauptungen des Generals als militärisch oder strategisch falsch zu beweisen. Sie würde nur politisch ihr Gesicht verlieren, wenn sie den reinen Machtstandpunkt des Generals bestätigen oder auch nur unwidersprochen lassen würde. Sie hat es bis jetzt ängstlich vermieden, sich auf Notwendigkeiten der USA-Verteidigung, und sei es auch der elementarsten Art, zu berufen.

Die Grundfrage allerdings ist damit nicht aus der Welt geschafft. Die politische Führung der USA erklärt, daß die Neutralisierung von Formosa solange gelte, wie der koreanische Konflikt anhält. Nun könnte es geschehen, daß der Korea-Konflikt irgendwie beigelegt wird und daß im Verlauf der allgemeinen Befriedung Formosa in die Hand der chinesischen Kommunisten gegeben wird. Bricht aber dann nachher an irgendeinem Punkt der ungewiß flutenden Linie zwischen den Welten in Asien ein neuer Konflikt aus, dann haben die USA diesen neuen Kampf unter strategisch unendlich viel ungünstigeren Bedingungen durchzuführen. Moskau glaubt zwei Eisen im Feuer zu haben: das eine ist ein großer Krieg zwischen USA und Rotchina um Formosa, der die Kräfte Amerikas binden und die europäische Flanke der freien Völker auf gefährliche Weise entblößen müßte, das zweite Eisen wäre eine freiwillige Übereignung von Formosa an Rotchina und damit ein Zuwachs an Stärke und Macht für die sowjetische Welt.

Schon ergreift die republikanische Opposition gegen Truman das Banner: kein neues München. Es ist zweifelsohne so, daß wegen der MacArthur-Erklärung und einer Kundgebung des Marineministers für einen Präventivkrieg eine schwere politische Führungs- und Vertrauenskrise in den USA ausgebrochen ist.

Unmittelbar und mittelbar wird der soziale Weltkampf auf das tiefste davon beeinflusst werden. Auf der Welle dieser asiatischen Panikstimmung (die durch den chinesischen Zusammenbruch seit langem ausgelöst wurde) hoffen eindeutig reaktionäre Kräfte an die Macht zu kommen. Es bliebe von der größten politischen und sozialen Bedeutung, wenn die internationale Politik jener Kreise obsiege, die es auf eine offene Kriegsansage an das kommunistische Asien anlegen und die USA in einen Zustand einer beinahe totalen Kriegsvorbereitung führen möchten, in dem alle anderen Erwägungen zurücktreten müßten. Es gab immer eine „China first“- (China zuerst-) Gruppe im Kongreß, die den Notwendigkeiten einer asiatischen wirtschaftlichen und politischen Machtpolitik den Vorrang vor der europäischen Hilfe geben wollte. Für die wirtschaftliche und soziale Politik Europas würde es unabsehbare Folgen haben, wenn diese Gruppe stärkeren Einfluß erlangen würde.

Auf der anderen Seite würde das Gesicht der Welt sich entscheidend ändern, wenn die strategische Schlüsselposition Formosa in die Hand der sowjetischen Mächtigkeitsgruppe fiel. Man darf die Gefahr nicht zu gering schätzen, daß, wie 1936/38 gegenüber Hitler, eine vorübergehende Befriedung durch eine machtpolitische Schwächung der freien Völker erkauft wird. Von da ab ist alles eine Sache der Prophezeiung, und jedes eindeutige und selbstsichere Urteil ist hier die Anmaßung, dem lieben Gott in die Karten sehen zu wollen. Es ist so gut wie sicher, daß es keine Ruhe im Fernen Osten geben wird, solange Formosa der Herrschaft Chinas entzogen bleibt. Es ist wahrscheinlich, daß von Formosa aus das kommunistische China mit größeren Erfolgchancen seine Expansionsbemühungen in Asien fortsetzen wird. Schwerste Entscheidungen stehen vor den Völkern der Welt. Alle Arbeit, die wirtschaftliche, die soziale, die kulturelle, ja das Alltagsdasein wird von diesen Entscheidungen bis in den Grund hinab beeinflusst und berührt werden.